

blumigen Worten“ (ebd.) – auch zu vernachlässigen. In beinahe identischer Form beschreibt Norbert Feldhofer (INTV) die Situation: „Also so in der praktischen Welt ist das, glaube ich, noch nicht wirklich angekommen.“ (vgl. ähnlich Bernhofer INTV)<sup>55</sup> Und auch für den Umweltbereich formuliert Martina Schuster (INTV) einen vergleichbaren Widerspruch: „Super Zahlen und Zeitreihen, sie sind Grundlage für wissenschaftliche Analysen, aber kaum einer nimmt sie als Grundlage für politische Entscheidungen“. <sup>56</sup>

Auch aufseiten der Verbands- und NGO-VertreterInnen wird die Einschätzung weitgehend geteilt, dass von einer wirtschaftspolitischen Relevanz der Debatte „[b]is jetzt noch nicht wirklich“ (Muhm INTV) gesprochen werden könne bzw. dass Initiativen wie *WGÖ?* bislang „nicht [...] einen maßgeblichen Einfluss auf die Politikgestaltung“ (Wallner INTV) haben.<sup>57</sup> Wenngleich man laut Dwora Stein (INTV) aus Berichten wie *WGÖ?* „sehr viele Anregungen [...] beziehen kann“, gebe es bislang auch kaum einen politischen Akteur, der das Thema „ganz oben auf der Agenda hat und das vorantreiben würde“ (Stein INTV). Mehr noch sei – wie Judith Pühringer (INTV) mit Blick auf *Beyond GDP* meint – hinsichtlich der politischen Relevanz sogar eine rückläufige Tendenz zu konstatieren: „Wo ist sie verankert, wo zeigt sie Wirkung? Also ich habe nicht das Gefühl, dass es Auswirkungen gehabt hätte. [...] Alles, was eben ein Stück weit *beyond* einer Mainstream-Agenda passiert, ist für mein Empfinden in den letzten fünf Jahren wieder ganz stark in den Hintergrund gerückt“.

#### (4.3.2) Problemformulierung

Was die mangelhafte Verankerung der Debatte in der politisch-institutionellen

---

<sup>55</sup> Zugleich wird betont, dass bei tagespolitischen Entscheidungen „das Entscheidungsraster immer schon *Beyond GDP* war, ohne dass man irgendeinen Indikator dafür zu Rate gezogen hat [...]: Die Politik hat nicht einen eindimensionalen Fokus“ (Bernhofer INTV). Entsprechend seien „diese Themen sowieso immer mitdiskutiert“ (Wallner INTV) worden. Mehr noch als für die Bundes- gelte dies für die regionale Ebene, wo Fragen der Lebensqualität stets von größerer Relevanz waren als solche des – in diesem Fall – Bruttoregionalprodukts (vgl. Himpele INTV; Waltner INTV).

<sup>56</sup> Wenngleich eine mittelbarer Einfluss über das Einwirken auf das politische Bewusstsein der EntscheidungsträgerInnen zum Teil gegeben sein mag, sei die Debatte um alternative Indikatoren hier insofern „irrelevant, weil sie sozusagen kein Faktor im politischen Entscheidungsprozess sind“ (Bernhofer INTV). Entsprechend gelte es immer wieder die Frage zu stellen: „Warum werden die Indikatoren, die wir haben, eigentlich nicht angewandt, und was sind die Hindernisse?“ (Schuster INTV)

<sup>57</sup> Mit Verweis auf die konstatierte Wirkungslosigkeit der angesprochenen Projekte auf Ebene der Vereinten Nationen (z.B. *Millennium* bzw. *Sustainable Development Goals*) wird von manchen der interviewten NGO-VertreterInnen die politische Relevanz der Debatte zum Teil auch umfassender infrage gestellt. So meint etwa Alexandra Strickner (INTV), Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Allianz *Wege aus der Krise*: „[D]ie Frage [ist], wie hilfreich sind [...] diese Indikatoren, wenn du halt damit nicht wirklich etwas voranbringen kannst?“

Öffentlichkeit anbelangt, wird ein zentrales Hindernis – neben dem Umstand, „dass natürlich der Kapitalismus eine gewisse Eigenlogik“ (Schweighofer INTV) habe und sich das Prinzip der Profitmaximierung in vielen Punkten mit einem erweiterten Wohlstands- und Fortschrittsverständnis als wenig kompatibel erweise – in politischen Faktoren, namentlich in divergierenden Interessenlagen und damit verbundenen Machtasymmetrien ausgemacht.

Als grundlegendes Problem erweise sich in diesem Zusammenhang der Umstand, dass – während das BIP „als ideologiefrei gesehen“ (Ortner INTV) werde – dies für alternative Indikatoren häufig nicht gelte. Wenngleich also bspw. die Statistik Austria „als unabhängige kompetente Behörde wahrgenommen“ (Bernhofer INTV) werde und mithin als Datenlieferantin außer Zweifel stehe, stünden etwa die *WGÖ*-Indikatoren u.a. auf Ebene der Parteien wie auf jener der Interessenverbände vielfach im Fokus politischer und ideologischer Kontroversen. So betont etwa Norbert Feldhofer (INTV) mit Blick auf *WGÖ*: „Es ist kein neutrales Konzept [...], Indikatoren-Diskussionen sind immer politisch. [...] Und hier eine grundsätzliche politische Einigung zu finden, ist einfach eine schwierige Geschichte.“ Dabei seien gerade auch in der aktuellen Regierungskonstellation „schwarzrote Trennlinie[n]“ (Schweighofer INTV)<sup>58</sup> in Bezug auf Fragen von Wachstum und Wohlstand von hoher Relevanz.

Diese Einschätzung wird von den Interviewpartnern der ArbeitgeberInnenseite geteilt. So meint etwa Christoph Schneider (INTV) mit Blick auf *WGÖ*, dass das ausgewählte Set an Kennziffern zu viel „Platz für Interpretation“ lasse und auch „die Auswahl der Indikatoren [...] nicht ganz so ausgewogen [ist], wie wir es uns wünschen würden“. Clemens Wallner (INTV) sieht darin zwar einen „gute[n] Überblick über sehr interessante Indikatoren“, betont jedoch ebenfalls, dass es im Hinblick auf Fragen der Auswahl, der Kohärenz und der Konsequenz „schwierig ist, das auf einen Nenner zu bringen“.<sup>59</sup>

Spätestens jedoch, wenn es um die Bewertung der Indikatorenentwicklung, um deren

---

<sup>58</sup> Laut Johannes Schweighofer (INTV) werde die Debatte trotz vereinzelter Schnittstellen zwischen den beiden Seiten (etwa im Bereich der Arbeitszeitverkürzung) zum Teil stark polemisch geführt: „[D]a gibt es [...] einen impliziten, manchmal aber auch explizit geführten Vorwurf [...] von der roten Seite sozusagen: ‚Ihr – also die andere Seite, die für Nachhaltigkeit ist und für Lebensqualität – nehmt ja die soziale Frage nicht ernst. [...] Das ist ja eine naive Debatte, die ihr da führt. Das ist ja nur für verzogene Wohlstandsfratzen was, für die Mittelschicht und für die Bobos [...]. [D]ie einfachen Arbeiter können sich diese ganze Luxusdebatte nicht leisten, weil wir müssen eine [...] Verteilungsdebatte führen.“

<sup>59</sup> Gleichzeitig bezweifelt Wallner (INTV) jedoch, dass es bspw. im Hinblick auf Verteilungsfragen Widerstände gegen einzelne Indikatoren bzw. Daten gebe, zumal es „[i]m politischen Diskurs und in politischen Auseinandersetzungen [...] nicht um die Daten selbst, sondern um die Interpretation der Daten“ gehe.

Interpretation sowie um daraus resultierende Schlussfolgerungen gehe, würden solche politisch-ideologischen Differenzen in Bezug auf Fragen der Wohlstandsorientierung evident. Diese verlaufen häufig, wie etwa Margit Schratzenstaller (INTV) ausführt, entlang tradierter Konfliktlinien: „Die einen haben mehr ein Problem mit der Ökologie, die anderen haben mehr ein Problem mit verteilungspolitisch motivierten Maßnahmen, oft gemäß den bekannten Positionen und mit den bekannten Reaktionen“. Etwas komplexer sei die Situation im ökologischen Bereich, wo zwar nach wie vor „die rote Seite [...] so eine Aversion gegen dieses Umweltthema“ (Schweighofer INTV) habe, es mitunter aber auch zu „unheilige[n] Allianzen über die sonstigen sozialpartnerschaftlichen [...] Differenzen hinweg“ (Schratzenstaller INTV) komme.<sup>60</sup>

Auf Verbandsebene sei es zudem bislang misslungen, das Thema etwa über den *Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen* zum Gegenstand gemeinsamer Bemühungen der Sozialpartner, bspw. in Gestalt einer Beirats-Studie, zu machen (vgl. Muhm INTV), um solcherart auf eine Akkordierung der divergierenden Interessen hinzuwirken. Dabei ist freilich umstritten, ob es für gemeinsame Positionierungen überhaupt ausreichend Schnittstellen gebe. Während sich nämlich die einen – vor dem Hintergrund der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Thema im Beirat – optimistisch zeigen (vgl. Schneider INTV), sind andere – auch aufgrund dieser Erfahrungen – eher skeptisch: „Davon sind wir, glaube ich, weit entfernt.“ (Marterbauer INTV)

Solange dies jedoch nicht der Fall sei und die zentralen AkteurlInnen der österreichischen Wirtschaftspolitik – wozu neben der Regierung eben auch nach wie vor die großen Interessenverbände zählen würden – sich nicht darauf geeinigt hätten, müsse die politische Wirkmächtigkeit der Debatte zwangsläufig begrenzt bleiben (vgl. Muhm INTV). Oder wie Dominik Bernhofer (INTV) es formuliert: „Es scheitert daran, dass es niemand fordert [...], und solange es keiner fordert, ist es auch kein Faktor in der Diskussion.“ Dadurch nämlich, dass es „keine Akteure [gibt], die das im Sinne eines Gesamtkonzeptes jetzt wirklich ganz konsistent vorantreiben“ (Stein INTV), bleibe die Rezeption der Indikatoren- und der damit verbundenen Wachstumsdebatte bislang weitgehend auf einzelne Player wie die Statistik Austria beschränkt. Vor diesem Hintergrund sei es in Österreich schlicht „nie zu einem *Agenda-setting* gekommen in dem Sinn, dass die

---

<sup>60</sup> Diese spezielle Situation im Umweltbereich habe zentral mit der besonderen Interessenlage zu tun, wie sie für dieses – im Unterschied zu anderen – Feldern zu konstatieren sei: „Ökologie hat keinen expliziten Fürsprecher“ (Schratzenstaller INTV) bzw. „Umwelt hat keine Interessenvertretung, die etwa analog zu den Kammern ihre Anliegen legitimiert in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen und politischen Druck ausüben könnte“ (Schuster INTV).

Bundesregierung gesagt hat, das machen wir jetzt“ (Muhm INTV).

Neben divergierenden Interessenlagen und asymmetrischen Machtverhältnissen spielen als weitere Hürde die Art und Weise eine bedeutsame Rolle, wie gesellschaftlich dominante Vorstellungen von Wohlstand und Fortschritt bzw. die damit verbundenen Kräfteverhältnisse auf politischer Ebene institutionellen Niederschlag finden. Indem sich diese hier nämlich in spezifische Institutionen, Regelwerke und Verfahren einschreiben, unterliege Politik generell einer „Vielzahl an Restriktionen“ (Bernhofer INTV). Gerade vor dem Hintergrund der u.a. auf EU-Ebene vorangetriebenen Tendenz zu ‚regelgebundener Politik‘ (Europäisches Semester usw.) hätten sich diese Restriktionen in jüngster Zeit vervielfältigt. Über Relevanz oder Irrelevanz einzelner Indikatoren entscheide dabei häufig, welche Zielsetzungen im Rahmen solcher Institutionen, Regelwerke und Verfahren formuliert und anhand welcher Indikatoren sie überprüft werden.<sup>61</sup> Durch die konkrete Form der Institutionalisierung würden bestimmte Indikatoren so – unter den aktuell dominanten austeritätspolitischen Vorzeichen etwa Kennziffern für Haushaltsdefizit und Verschuldung – auf Kosten anderer an Bedeutung gewinnen und festgeschrieben: „Das sitzt [...] im politischen System tief drinnen. Das sitzt bei den handelnden Personen [...] ganz tief drin.“ (Krainer INTV)<sup>62</sup>

Auf grundlegender Ebene würden in diesem Zusammenhang zudem institutionelle Mechanismen fehlen, um zum einen indikatorenbasiert die mit konfligierenden Interessen und entsprechend divergierenden Zielsetzungen verbundenen Konflikte politisch austragen und solcherart zu Entscheidungen über gesellschaftliche Prioritäten (z.B. ökonomisches Wachstum versus ökologische Nachhaltigkeit) gelangen zu können (vgl. Martberbauer INTV).<sup>63</sup> Zum anderen müssten solche Mechanismen dazu im Stande sein,

---

<sup>61</sup> Jan Krainer (INTV), SPÖ-Bereichssprecher für Budget und Finanzen und Abgeordneter zum Nationalrat, vertritt in diesem Zusammenhang die Einschätzung, dass vor dem Hintergrund des mit der Europäischen Wirtschaftsregierung verbundenen Regelwerks „BIP-Wachstum [...] nicht mehr so wichtig“ sei; vielmehr „entscheidend [ist] das Defizit und die Verschuldungsquote“.

<sup>62</sup> Am stärksten gelte dies freilich für das BIP selbst, seien doch aufgrund seiner vermeintlichen Neutralität und Ideologiefreiheit „das ganze Staatssystem und alle Berichte auf dem BIP aufgebaut“ (Ortner INTV).

<sup>63</sup> Dass es solche Zielkonflikte bspw. auch im Hinblick auf Fragen des Wohlstands und der Verteilung gibt, wird auch von ArbeitgeberInnenseite nicht infrage gestellt. So meint etwa Clemens Wallner (INTV), dass sich zwar grundsätzlich „alle Player einig [sind]: Sie wollen den Wohlstand erhalten und das so gut wie möglich für alle“. Nichtsdestotrotz sei die Ökonomie gekennzeichnet durch einen basalen „*Trade-off*“ zwischen *equity* und *efficiency*: Wie schaffe ich, [...] den Output zu steigern, und wie schaffe ich es dann, die Verteilung zu machen? Das ist [...] nicht ein Nullsummenspiel“. Vor diesem Hintergrund erklärt sich für Clemens Wallner auch das Scheitern von *Europa 2020*. Indem hier nämlich „in sich konkurrierende Ziele“ (ebd.) ökonomischer (z.B. Erhöhung von F&E-Ausgaben), sozialer (z.B. Reduktion von Armut) und ökologischer Natur (z.B. Reduktion von Treibhausgasemissionen) in einer Strategie vereint wurden, sei es zu einer „Überfrachtung mit Zielen und Wunschvorstellungen“ (ebd.) gekommen. Darüber habe man

den starken Fokus der Politik auf „tagesaktuelle Gegebenheiten“ (Schratzenstaller INTV) zu überwinden, um darüber die mittel- und langfristig drängenden Probleme überhaupt erst in den Blick zu bekommen. Aktuell nämlich sei „der politische Prozess [...] relativ getrieben von viel Klein-Klein, [...] also Hick-Hack, hin und her – und man tut sich schwer, strategische Debatten aufzunehmen und umzusetzen“ (Schweighofer INTV).<sup>64</sup>

In diesem Kontext markiere insofern auch die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik eine bedeutsame Hürde, als sich bei ersteren vielfach mehr Offenheit gegenüber neuen Ansätzen zeige, ohne dass diese jedoch dazu in der Lage wären, letztere von diesen konzeptionellen Ansätzen, vor allem jedoch von deren praktischer Umsetzung zu überzeugen (vgl. etwa Schweighofer INTV). Nachdem man sich nun aber, „wenn die politische Ebene so was vorlebt und sagt, das ist gewollt, [...] als Verwaltung immer leichter“ (Himpele INTV) tue und gerade bei größere Änderungen vielfach „das politische Backing [...] notwendig“ (Feldhofer INTV) sei, scheitere es häufig am besagter Hürde.<sup>65</sup>

Schließlich scheitere die Verankerung in der politisch-institutionellen Öffentlichkeit bislang daran, dass Faktoren wie das „Ressortdenken“ (Schratzenstaller INTV) in den einzelnen Ministerien – also der Umstand, dass „die Politik [...] arbeitsteilig“ (Krainer INTV) funktioniere und entsprechend etwa das Wissen um Indikatoren im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit weitgehend auf das Umweltressort beschränkt bleibe – der Entwicklung eines integralen Ansatzes entgegenstehe.<sup>66</sup> Verschärfend hinzukomme die mangelnde Initiative seitens des BKA als potenziell ressortübergreifender Instanz (vgl. Marterbauer INTV), was es zusätzlich erschwere, ausgehend von der Indikatorendebatte umfassende Ansätze zur Verfolgung gesellschaftlicher Ziele bzw. zur Lösung von Zielkonflikten zu entwickeln. Dafür verantwortlich zeichne nicht zuletzt eine Form der

---

das „Kernproblem“ (ebd.) unzureichender Produktivität und Innovation, wie es im Sinne einer „konkrete[n] Zielsetzung“ (ebd.) im Rahmen der Lissabon-Strategie noch vorhanden war, aus den Augen verloren und sich damit auch der Chance beraubt, „einen dynamischen Prozess [...] aus[zulösen“ (ebd.).

<sup>64</sup> Als Voraussetzung dafür erscheint vielen eine Überwindung des von Ihnen konstatierten Mangels an „politischen Visionen“ (Pühringer INTV), um mit Blick auf besagte Probleme politisch wieder wirkmächtig werden zu können (vgl. ebd.). Unter anderem aufgrund des bei manchen Indikatoren evidenten *Timelags* machen einige InterviewpartnerInnen nämlich die aktuell häufig verbindliche „kurzfristige Politik-Ausrichtung“ (Feldhofer INTV) für deren praktische Irrelevanz verantwortlich.

<sup>65</sup> Vor diesem Hintergrund ergebe sich etwa für die Umweltverwaltungen vielfach die Chance und Notwendigkeit, zu „performen für das, was dein Kunde – und das ist für uns der Minister – nachfragt“ (Schuster INTV). Eine gute Performance erhöhe auch die Chancen, Themen an die politisch Verantwortlichen heranzutragen.

<sup>66</sup> Besonders deutlich sei dies im Zusammenhang mit Fragen, bei denen die Einnahmeseite des Staatshaushalts in Form von Steuern und Abgaben im Fokus stehe, zumal dafür das Finanzministerium die (Ressort-)Verantwortung habe. Dies mache einen integralen Ansatz schwierig: „Eine solche umfassende Abgaben- und Steuerreform wird ganz klar an Ressortgrenzen deutlich erschwert.“ (Schratzenstaller INTV)

institutionellen Trägheit, zumal – wie Dwora Stein (INTV) es formuliert – „es unglaublich schwer ist – gerade für politische Institutionen, die auch so eine Tradition haben –, eingetretene Pfade [...] zu verlassen“. In der Perspektive mancher zeichnet für diese Trägheit nicht zuletzt der Umstand verantwortlich, dass die in der Vergangenheit erzielten Erfolge und der mit einer Veränderung befürchtete Verlust des erreichten Wohlstandsniveaus das Beschreiten neuer Wege hemme (vgl. Schneider INTV).

Das Fehlen eines integralen Ansatzes in Bezug auf Fragen von Wachstum und Wohlstand habe auch das Fehlen eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts zur Folge. So meint etwa Johannes Schweighofer (INTV): „Dass man da irgendwie einigermaßen einen konsistenten Rahmen hätte, an dem man sich orientiert – das ist nicht der Fall.“ Dafür verantwortlich zeichne auch der Umstand, dass im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung durch Beiräte bzw. Gremien einschlägige Einrichtungen mit einem solch weit gefassten Auftrag in Österreich fehlen und es in bestehenden Einrichtungen wie dem Fiskalrat diesbezüglich wenig Spielraum gebe. Dies sei mit ein Grund dafür, dass wissenschaftliche Debatten häufig nicht zu Politik und Verwaltung vordringen, da diese hier in der Regel „nur registriert [werden], wenn das sozusagen irgendwo medial aufschlägt oder wenn es die Wissenschaft an uns heranträgt“ (Bernhofer INTV).

#### *(4.3.3) Lösungsoptionen*

Angesichts der mit divergierenden Interessenlagen und damit assoziierten Machtasymmetrien verbundenen Hürden sei auf einer grundlegenden Ebene zu akzeptieren, dass – wie Johannes Schweighofer (INTV) es formuliert – „politische Auseinandersetzungen geführt werden müssen“. Zu diesem Zweck sei eine politische Debatte über Indikatoren und deren Entwicklung sowie – darauf aufbauend – über gesellschaftliche Zielsetzungen und damit verbundene Konflikte bzw. Synergien vonnöten.<sup>67</sup> Denn wenn erst einmal ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen als prinzipiell gleichrangig etabliert seien, brauche es laut Markus Marterbauer (INTV) eine „Debatte auch über [...] Werte: ‚Was ist in der Gesellschaft wichtig?‘ Zumindest diese

---

<sup>67</sup> Margit Schratzenstaller (INTV) kritisiert diesbezüglich etwa mit Blick auf die *Europa 2020*-Strategie, dass hinsichtlich der hier festgeschriebenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele „niemand von *Trade-offs* und Synergien [redet] und dass die einzelnen Ziele nicht so einfach zusammen zu bringen sind“.